

60 Bürgermeister vom Innenministerium versetzt

Kein Vertreter zum Thema Gebietsreform in Beratung im Eisenberger Schloss

Eisenberg. In Erwartung konkreter Erläuterungen zur bevorstehenden Gemeindegebietsreform von Seiten des Thüringer Innenministeriums waren am Mittwochabend rund 60 Bürgermeister aus dem Saale-Holzland-Kreis ins Landratsamt nach Eisenberg gekommen. Doch sie wurden enttäuscht. Keiner der beiden angekündigten Ministeriumsvertreter war anwesend, lediglich ein Referent vom Thüringer Landesverwaltungsamt stand Rede und Antwort; er war jedoch für die meisten Fragen der Bürgermeister nicht der optimale Ansprechpartner.

Dabei war die Initiative zu der Beratung vom Innenministerium selbst ausgegangen. „Wir wurden angefragt, wann bei uns die nächste Bürgermeisterberatung stattfindet. Dort wollte das Ministerium zur Umsetzung der Gebietsreform informieren und Fragen beantworten“, sagt Toni Sauer, Büroleiter des Landrates, zum Werdegang. „Das haben wir zum Anlass genommen, die Bürgermeister zeitnah zu einem solchen Treffen einzuladen und im Anschluss an die Debatte zur Gebietsreform noch zu aktuellen Themen aus dem Landkreis zu informieren.“

In der Beratung brach sich allgemeine Enttäuschung und Frust darüber Bahn, dass das Innenministerium seine Teilnahme kurzfristig komplett abgesagt hatte. „Fast alle Bürgermeister sind ehrenamtlich tätig. Sie haben sich extra die Zeit genommen, um zu dem Treffen zu fahren – und werden dann so vor den Kopf gestoßen“, fasst Landrat Andreas Heller die Stimmung zusammen. „Achtung vor dem Ehrenamt sieht anders aus.“ - Wolfgang Fiedler, Bürgermeister von Tröbnitz und Landtagsabgeordneter, wird noch deutlicher: „Gerade beim Thema Gebietsreform beweist die Landesregierung einmal mehr, dass ihnen der ländliche Raum und die dort tätigen Ehrenamtler herzlich egal sind.“ Fiedler forderte dazu auf, die Unterschriftensammlung des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen zu unterstützen.

Zumindest konnte das Landratsamt die Beratung nutzen, um den Bürgermeistern aktuelle Informationen zu den Themen Windkraft und Breitbandausbau zu geben. Abteilungsleiterin Elke Scholz informierte u.a. über das Verfahren, wie mit Anträgen in geplanten Windvorranggebieten auf der rechtlich bindenden Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes umzugehen ist.

Zum Thema Breitbandausbau stellte Thomas Winkelmann vom Energie-Team der Regionalen Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V. die weiteren Verfahrensschritte für die 42 beteiligten Gemeinden im Landkreis vor. Nach der Bewilligung der Bundesfördermittel, dem erfolgversprechend gestellten Antrag auf Landesmittel und dem Inkrafttreten des Kreishaushalts (mit Veröffentlichung im Amtsblatt am 29. April) startet das Ausschreibungsverfahren voraussichtlich im Mai. Mit der Vergabe und einem entsprechenden Kreistagsbeschluss ist im September zu rechnen.